Bewohner dürfen bleiben – vorerst

Ein neues Brandschutzgutachten soll Sofortmaßnahmen für den Verbleib der Mieter ermöglichen. Eigentümer hat vier Wochen Zeit für einen neuen Antrag

Von Ralf Tiemann

Iserlohn. Die Banner an der Brücke wurden abgenommen, die geplante Demonstration vorerst abgesagt: Die Bewohner der Fabrik Kissing & Möllmann sehen einen Hoffnungsstreifen am Horizont. Wie die Stadt Iserlohn am Donnerstag in einer Presseerklärung mitteilt, hat sie das bereits eingeleitete, ordnungsbehördliche Anhörungsverfahren, das eine Räumung der kompletten Fabrik zum Ziel hatte, ausgesetzt. Das soll den Weg für eine einvernehmliche Lösung mit dem Eigentümer des Gebäudes, Jörg Rodegra, frei machen. Die Bewohner sollen schriftlich darüber informiert werden.

„Die Iserlohner" Uwe Albert, Michael Joithe und Michael Petereit bei ihrer Pressekonferenz. FOTO: RALF TIEMANN

Sehr großer Schritt für eine Lösung

Jörg Rodegra hat nun vier Wochen Zeit, überarbeitete Bauantragsunterlagen bei der Verwaltung einzureichen, um die fehlende Genehmigung zur Nutzungsänderung der Fabrikhallen für Wohnzwecke doch noch zu bekommen. Gleichzeitig muss er einen Brandschutzsachverständigen mit einer kurzfristige Begehung des Objektes beauftragen. Ziel ist es, einen brandschutztechnischen Maßnahmenkatalog zu erstellen, mit dessen umgehender Umsetzung noch vor einer möglichen Genehmigung des Bauantrages eine Übergangslösung geschaffen werden kann, damit die Mieter dauerhaft in der Fabrik bleiben können und ihre Sicherheit gewährleistet ist.

Dieser Beschluss wird von den Betroffenen zwar noch nicht als endgültige Abwendung der drohenden Räumung, wohl aber als sehr großen Schritt für eine Lösung in ihrem Sinne gewertet. Zumal diesem Beschluss ein Gespräch im Rathaus vorangegangen ist, an dem Stadtbaurat Mike-Sebastian Janke, Ressortleiter Jochen Köhnke und weitere städtische Mitarbeiter zusammen mit Vertretern der AWO-Einrichtung „Werkstatt im Hinterhof" und Jörg Rodegra sowie dessen Rechtsberater Michael Petereit von der Wählergemeinschaft „Die Iserlohner" an einem Tisch saßen.

Das Gespräch, zu dem die Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Caritas und die Stadtverwaltung gemeinsam eingeladen hatten, sei nach Aussagen von mehreren Teilnehmern sehr sachlich, zielgerichtet und konstruktiv verlaufen. Wie es in der Pressemitteilung der Stadt heißt, sei das Treffen überdies von „gegenseitigem Respekt und Akzeptanz" getragen gewesen, „verbunden mit dem Ziel, die bestmögliche Lösung für das gemeinschaftliche Zusammenleben in der Stadt und für die Bewohnerinnen und Bewohner speziell zu erzielen in dem Bewusstsein, dass ein Teil von ihnen aus sozialarbeiterischer Sicht dringend auf eine wohnortnahe Betreuung und Versorgung angewiesen ist."

„Die Iserlohner", die eigentlich zu einer Pressekonferenz in die Räume der „Werkstatt im Hinterhof" eingeladen hatten, um den Druck auf die Stadtverwaltung zu erhören, wurden nun zum Überbringer der frohen Botschaft an die Bewohner.

„Stadt muss Mittel zur Verfügung stellen"

Dabei unterstrichen die Sprecher der Wählergemeinschaft Uwe Albert und Michael Joithe sowie das Vorstandsmitglied Michael Petereit, dass ihre Forderungen noch über diese ersten Schritte der Stadt hinausgehen. Der formal-juristische Weg, den die Stadt hier verfolge, werden der Fabrik nicht gerecht. Man müsse hier auch die menschliche Seite und den Wert des Objektes für das Gemeinwohl berücksichtigen. Jede andere Stadt, so führte Michale Petereit aus, wäre froh eine solches Objekt zu haben, der Einsatz von Jörg Rodegra sei auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten von unschätzbarem Wert. „Es geht am Ende auch darum, das Objekt seitens der Stadt zu unterstützen und dem Besitzer die nötigen Mittel bereit zu stellen."